

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

12. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtniszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Räumungsbeginn: 1. Dezember.

Die letzten Hindernisse beseitigt.

Paris, 12. November. (W.B.) Die gestern vom Vorschafster v. Hoch überreichte deutsche Note in der Entwaffnungsfrage soll, wie „Petit Parisien“ wissen will, gestern nachmittags durch den Generalsekretär im Außenministerium, Philippe Berthelot, und den Generalsekretär der Vorschafsterkonferenz eingehend geprüft und im Laufe des Nachmittags einzeln den in der Vorschafsterkonferenz vertretenen Mächten übermittlelt worden sein.

Das Blatt will wissen, die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge über die Befugnisse des Generals v. Seeckt und die Effektivbestände der Schutzpolizei würden noch einige Einwände hervorrufen, auf alle Fälle sei aber anerkannt, daß die deutsche Antwort das ernste Bestreben zeige, die letzten Hindernisse in der Entwaffnungsfrage zu beseitigen.

Nach dem „Avenir“ versichert man, daß die deutsche Antwort es nunmehr gestatte, schon am 1. Dezember die ersten Räumungsarbeiten in der Kölner Zone vorzunehmen.

London, 12. November. Reuter erfährt, daß gewisse Erleichterungen des Rheinlandregimes vereinbart worden sind, und daß die baldige Bekanntgabe einer Mitteilung über diesen Gegenstand in Berlin oder Paris erwartet wird.

Was die Abrüstung Deutschlands anbelangt, so kann, wie Reuter weiter berichtet, erwartet werden, daß Deutschland informiert werden wird, daß bezüglich seiner Zusicherungen hinsichtlich der noch zu erledigenden anderen Fragen Befriedigung herrscht. Es wird die Auffassung ausgesprochen, daß, wenn alles gut geht, der Beginn der Räumung Kölns im Laufe des Monats Dezember erwartet werden kann.

Am Montag Sitzung der Vorschafsterkonferenz.

Paris, 12. November. (U.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Vorschafsterkonferenz in der Entwaffnungsfrage wird heute den alliierten Vorschafstern übermittlelt werden. Die Vorschafsterkonferenz tritt am kommenden Montag zur Prüfung der Schriftsätze zusammen.

„Journal“ erklärt, die Alliierten wollten ihre Forderungen auf

ein „Mindestmaß“ beschränken. Was die Reorganisation des deutschen Oberkommandos, d. h. Befugnisse des Generals von Seeckt, anbelange, so werde es den Alliierten genügen, wenn der Präsident der deutschen Republik sich in einem Dekret entschließt, das nicht veröffentlicht zu werden braucht.

Die Geheimbünde könnten weiter fortbestehen, aber unter der Voraussetzung, daß von jeder militärischen Ausbildung abgesehen werde.

Bezüglich der Sicherheitspolizei werde nur zur Bedingung gemacht, daß sie nach den Vorbildern der ausländischen Polizeitruppen ausgebildet werde.

Hindenburg gegen die Deutschnationalen.

Der Ochs im Porzellanladen.

Die „B. Z.“ läßt sich aus Stuttgart berichten:

Bei dem gestrigen Besuche des Reichspräsidenten in Stuttgart sprach sich dieser bei dem Abendempfang im Schlosse einem prominenten Mitglied der Demokratischen Partei gegenüber über die Politik der Deutschnationalen aus. „Da versichert man einem erst“, so erklärte er mörilich, „daß man das Vertrauen der ganzen Partei genieße, und eines Tages steht man durch die Beschlüsse dieser Partei allein da und sieht seine Stellung gefährdet.“ Der Reichspräsident gebrauchte im Anschluß daran über diese Politik das Bild des Ochs im Porzellanladen.

Herr v. Hindenburg steht tatsächlich allein da. Denn als die deutschnationale Parteileitung auf den Knopf drückte, verschwanden die drei deutschnationalen Minister geräuschlos in der Versenkung. Eben erst hatten sie ihr „lautes Ja“ gesprochen, jetzt lesen sie in der „Kreuz-Zeitung“ die Erklärung des Grafen Westarp, daß ihr Ja eigentlich ein Nein gewesen sei und Schweigen dazu! Es wäre nur zu begreiflich, wenn sich der Reichspräsident über diese Erfahrungen, die er jetzt im hohen Alter auf dem ihm ungewohnten Boden der Politik machen muß, etwas gereizt zeigte.

wurde auch Major Penalosa und General Souza in Haft genommen. Neue Verhaftungen stehen sowohl in der Provinz wie auch in Madrid bevor.

Braunschweiger Justizwirtschaft.

Der Fall Stoehel — ein politischer Skandal.

Wir haben unsere Leser über den ungeheuerlichen Prozeß unterrichtet, den die Braunschweiger Stahlhelm-Justiz gegen den von der früheren Landesregierung berufenen Landeschulrat Stoehel veranlaßt hat. Jeder, der aus dem Prozeßbericht die „Anklagen“ entnehmen konnte, die gegen den Schulrat erhoben wurden, muß sich erstaunt fragen, ob die Emmingerische „Justizreform“ lediglich deshalb „aus Ersparnisgründen“ durchgepeitscht wurde, damit überflüssige und kostspielige Prozesse, wie der gegen Voeb und der gegen Stoehel eingeleitet werden können.

Ist schon die Anklage aufgebaut auf kleinliche Spitzberichter, auf Ueberwachung der Telefongespräche des Landeschulrats und auf ähnliche schwerwiegende Beweismittel, so ist das Verhalten des prozeßführenden Richters und seines juristischen Beistehers von einem so offenkundigen, sagen wir vorsichtig: Mangel an Verstehenwollen, daß schon dadurch das ganze Verfahren gekennzeichnet wird.

Die Verteidigung hat gegen dieses Verhalten durch Niederlegung der Verteidigung und durch Verlassen des Sitzungssaales protestiert. Sie hat dadurch zunächst einen Angriff auf die Würde des Anwaltsstandes abwehren wollen, aber gleichzeitig auch gegen die Art der Behandlung der Angeklagten vor aller Welt Protest erhoben. Zu den Verteidigern gehört neben den beiden Braunschweiger Anwälten Philipps und Eller auch der bekannte juristische Schriftsteller Rechtsanwalt Dr. Erich Eyd aus Berlin. Dieser machte das Gericht besonders darauf aufmerksam, daß die verfügte Wegnahme der Anwaltsakten im Befehl keinerlei Stütze finde, besonders wenn es sich nur um die Einleitung eines Disziplinarverfahrens handle.

Derartige Einwände imponieren jedoch dem Gericht der Stahlhelm-Regierung in Braunschweig nicht. Es hat beschlossen — basta! Da der Angeklagte nach dem Weggang seiner drei Anwälte ohne Verteidiger dasteht, bestellt ihm das Gericht einen Offizialverteidiger in der Person des Rechtsanwalts Dr. Heiser in Braunschweig. Es ist gewiß nur ein Zufall, daß dieser Anwalt der frühere Sozials des Dr. Philipps ist, dem die Akten beschlagnahmt wurden und gegen den der Staatsanwalt ein Disziplinarverfahren eröffnen will. Es war dem Gericht auch früher ganz unbekannt, daß dieser Dr. Heiser mit seinem früheren Bureaukollegen Differenzen gehabt und Prozeß geführt hat.

Es ist sicher nur ein Zufall, daß gerade dieser Dr. Heiser zum Nachfolger des Dr. Philipps als Verteidiger von Amts wegen ausgesucht wurde! Aber ein merkwürdiger Zufall bleibt es doch...!

Ein sozialistischer Minister in Südafrika. Der Premierminister von Südafrika hat in sein Kabinett als 11. Mitglied einen extremen Sozialisten aufgenommen. Er hofft, dadurch der liberalen Politik mehr Nachdruck zu verschaffen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß die konservative Partei sich nunmehr fester zusammenschließen wird.

Die Gewerkschaften Amerikas.

Von Kurt Heinig.

Chicago, Ende Oktober.

Die Gewerkschaftsbewegung ist auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika keine Konstruktion, sondern ein aus den inneren Lebensbedingungen dieses Landes erwachsenes Gebilde. Wenden sich jene, so bleibt die Gewerkschaftsbewegung davon nicht unberührt, auch wenn sie es wollte. Es darf bei einer Betrachtung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung dieser Zusammenhang gerade jetzt nicht außer acht gelassen werden, da der Weltkrieg und seine Folgen das ökonomische Gesicht der Vereinigten Staaten nicht unerheblich verändert haben. Kennzeichen der Widerspiegelung jener Umbildungen sind in der amerikanischen Arbeiterbewegung sichtbar. Nur darf nicht der Fehler gemacht werden, sie pro-europäisch auszudeuten. Amerika ist ein Kontinent für sich, seine Eigenart muß begriffen werden, sonst ist Verständnis für das Wesen der amerikanischen Gewerkschaften nicht möglich.

Aber auch bei voller Berücksichtigung aller erwähnten Momente bleibt die große Gefahr des Mißverständnisses bestehen. Sie erwächst daraus, daß sich hier bei den Gewerkschaften der Vereinigten Staaten die Begriffe und Bezeichnungen, die in der europäischen und im besonderen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung herausgebildet worden sind, fast sämtlich wiederfinden, daß sie aber in ihrem lebendigen Wesen etwas ganz anderes bedeuten als in unserer Eigenart. Das gilt sowohl für Begriffe der organisatorischen Apparatur wie für die Bezeichnung der Formen der praktischen Gewerkschaftsarbeit. Es handelt sich also nicht nur um äußerliche Verschiedenheiten, sondern um einen anderen Wesensinhalt, und damit um eine andere Psychologie.

Selbstverständlich kämpfen auch hier die Gewerkschaften — wie jede Arbeiterbewegung in der Welt — um kurze Arbeitszeit. Für eine ganze Anzahl von Berufen ist man dabei schon unter 48 Stunden wöchentlich gekommen; bis zu 40 Stunden! Und ebenso selbstverständlich ist der Kampf um ausreichenden Lohn. Weiter ist auch hier die Neigung zum Realkompromiß — den wir in Deutschland Tarifvertrag nennen — aus den Verhältnissen erwachsen. Und nicht zuletzt wehrt man sich auch hier dagegen, politisches Instrument zu werden. Aber schon in sozial-gesetzlichen Fragen, im besonderen auf arbeitsrechtlichem Gebiet, sind die amerikanischen Gewerkschaften gezwungen, andere Wege zu gehen als wir bei uns in Deutschland, im weiteren Sinne in Europa, zu gehen gewöhnt sind. Die Legislative, die ausübende Gesetzgebung liegt in den Vereinigten Staaten vor allem bei den einzelnen Bundesstaaten. Darüber hinaus ist die Einstellung des Amerikaners zum Staat, der bei uns der Hauptträger aller Sozialaktion — Gesetzgeber und Verwalter — sehr wesentlich unterschieden von der unsrigen.

Das ökonomische Motiv der Verschiedenheit zur europäischen Arbeiterbewegung liegt darin, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung bisher ihre Macht und Gestalt aus der Beherrschung des Arbeitsmarktes entwickelte, im Gegensatz zur europäischen Gewerkschaftsbewegung, die Kraft und Bewegung aus der Erweckung des Arbeiterstandes, des Proletariats — wie wir in unserer Terminologie sagen — zu schöpfen weiß. Die Tatsachen beweisen, daß auf beiden Wegen die Entwicklung zur sozialen Macht möglich ist.

Aus dieser im ökonomischen Grunde verschiedenen Wesensart kam es in den Vereinigten Staaten zu den für Unorganisierte verschlossenen Betrieben — gewissermaßen tariflich an die Gewerkschaft gebundenen Unternehmen —, die als Gegenwirkung die sogenannten offenen Betriebe erzeugten, Betriebe, die keine organisierten Arbeiter beschäftigen, zum mindesten von der Organisationszugehörigkeit ihrer Arbeiter keine Notiz nehmen. Die Fordbetriebe mit ihren Reihentausenden von Arbeitern gehören heute noch zu dieser Kategorie.

Im weiteren Verlauf der bisherigen Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung hat sich das sogenannte Union-Label herausgebildet, die Stempelung der in gewerkschaftstreuem Betrieb hergestellten Produkte. Das ist die folgerichtige Steigerung des amerikanischen Gewerkschaftsgedankens, von der Produktion auf den Markt, und damit auf den Arbeiter als Konsumenten übertragen. (Wir in Deutschland kommen dagegen zur Genossenschaftsbewegung.) Es existieren zurzeit für über 50 Berufe Unionmarken und -stempel, damit wird vom Konsumenten aus die Gewerkschaftsbewegung unterstützt.

Aus der uns eigenartig anmutenden Ideologie der Beschäftigungssicherung heraus ist auch mit zu erklären, daß manche Gewerkschaften ihr Hauptgewicht weniger auf Mitgliederwerbung, als auf Sicherung des Standards der Unionbetriebe (gewerkschaftsbefrehten Betriebe) legen. Aus den gleichen Gedankengängen heraus sind auch bei vielen Gewerkschaften die Eintrittsgelder sehr hoch. Das liegt mit daran, daß die Karenzzeiten der Versicherungseinrichtungen der Verbände häufig kurz sind. Zum anderen ist aber der Unterschied zwischen Unionlohn — im geschlossenen shop — und freiem Lohn — in den unorganisierten Betrieben — so beträchtlich, daß das hohe Eintrittsgeld gewissermaßen als Nachzahlung der von den schon länger organisierten geleisteten Opfer und Kämpfe aufgefaßt wird. Teilzahlung der Eintrittsgelder erfolgt nicht selten.

Das sozialistische Sanierungsprogramm.

Durchgreifende Maßnahmen.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Programm, auf das sich die Sozialisten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag geeinigt haben und nach dem Painlevé die Regierungsvorlage ändern will, umfaßt nach dem „Quotidien“ folgende Punkte:

1. Verzicht auf alle Maßnahmen inflationistischer Natur,
2. Ausgabe von 15 Milliarden neuen Noten, die als Ersatz für die im Laufe der letzten Jahre zu Verlust gegangenen oder der Zerstörung anheim gefallenen Aktien gelten sollen (dieser Betrag soll der Regierung zur Einlösung der demnächst fällig werdenden Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt werden),
3. eine teilweise Einlösung der Bons mit fünf- und sechsjähriger Laufzeit auf dem Wege eines Verleihs, der es dem Staate ermöglichen soll, die monatlichen Rückzahlungen auf den Höchstbetrag von 320 Millionen Franken zu erhöhen,
4. die Schaffung von Gewinnanteilen von sämtlichen Industrie- und Handelsunternehmen zugunsten der Amortisationskasse, die dieser einen Anspruch von 15 Proz. des Betriebsergebnisses bzw. von 15 Proz. des Betriebservermögens im Falle der Liquidation des Unternehmens einräumen,
5. die Eintragung einer Hypothek zugunsten des Staates für alle gebauten und ungebauten Grundstücke in Höhe des noch zu bestimmenden Vermögenswertes,
6. Vereinheitlichung der Rechte für die Schaffung eines neuen vierprozentigen wertbeständigen Papiers.

Plötzliche Regierungskrise in Holland.

Um die vatikanische Gesandtschaft.

Haag, 12. November. (W.B.) In der Sitzung der Zweiten Kammer wurde ein Antrag, der sich gegen die Beibehaltung der niederländischen Gesandtschaft beim Vatikan ausspricht, angenommen. Daraufhin haben der Arbeitsminister, der Kriegsminister, der Kolonialminister und der Minister für öffentliche Arbeiten und Wasserbauten ihre Demission eingereicht.

Gleich nach Beendigung der Kammer Sitzung fanden verschiedene Fraktionsberatungen über die neu entstandene Lage statt. Eine Klärung dürfte vielleicht in dem für gestern abend anberaumten außerordentlichen Ministerrat erfolgt sein.

Der Antrag auf Abschaffung der niederländischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl war von dem evangelischen Reformparteieller Kersten eingebracht worden. Dieser Antrag wurde mit 32 gegen 42 Stimmen angenommen; dagegen stimmten die Antirevolutionäre und die Römisch-Katholischen.

Niedergang des Direktoriums?

Gärung in der spanischen Armee.

Paris, 12. November. (U.) Der „Temps“ macht neue Angaben über die Militärrevolte gegen das spanische Direktorium. Es scheint danach, daß die Bewegung großen Umfang angenommen hat, da auch in letzter Stunde wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Außer den schon verhafteten Offizieren, unter denen sich Oberste und Generale befinden,

Die Organisationsform der amerikanischen Gewerkschaften wird nur richtig verstanden, wenn die mit der Geschichte des Landes untrennbar verknüpfte Entwicklung der Bruderschaften, des Organisationsgedankens überhaupt, zugleich mitbetrachtet wird. Der Bruder Gewerkschaftler ist nicht nur nehmendes, sondern auch dienendes Glied der Berufsgemeinschaft. Unsere deutschen Gewerkschaftsmitglieder würden sich sehr wundern, wenn ihnen für unerlaubte Ueberstunden, für nicht genehmigte Sonntagsarbeit und für manches andere von ihrer Organisation wöglich hohe Geldstrafen auferlegt würden, gegen die ihnen zwar ein Berufungsrecht gegeben ist, die aber, wenn die höhere Instanz dagegen entscheidet, unerbittlich eingetriben werden, bei sonst unweigerlich erfolgtem Verlust der Mitgliedschaft, und damit praktisch dem Verlust des Unionlohnes, des gewerkschaftlich im geschlossenen Betrieb gesicherten Lohnes!

Am deutlichsten wird der Unterschied des Wesensinhaltes des amerikanischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung bei manchen Grenzstreitigkeiten sichtbar. Sie zeigen zugleich, wie gegensätzlicher Art der gleiche Begriff in zwei Ländern sein kann. Bei uns in Deutschland wird mitunter darum gestritten, welcher Organisation sich der einzelne Mann oder der einzelne Berufszweig anzuschließen hat. Hier in Amerika entstehen Grenzstreitigkeiten auch aus der Frage, welchem Berufe, und damit welcher Gewerkschaft eine bestimmte berufsmäßig strittige Arbeit zuzubilligen ist. Man streitet sich dann um die Arbeit und nicht um den Mann, der ja, wenn er nicht organisiert ist, sowieso die Arbeit, ganz gleich welcher Gewerkschaft sie zuerkannt wird, nicht bekommen darf.

Die Federation of Labor — etwa unser Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — berichtet, daß sie Herbst 1925 in den angeschlossenen Organisationen rund 2 900 000 Mitglieder zählte. Neben der Federation stehen nicht ganz kleine Berufsgruppen, die ebenfalls zur amerikanischen Arbeiterbewegung gezählt werden, einmal in der Bekleidungsindustrie und dann im Eisenbahnbetrieb; es handelt sich dabei um zum Teil recht gefestigte Organisationen. Während der jüngst vergangenen zehn Jahre entwickelte sich der Mitgliederstand der Federation of Labor — ohne die erwähnten außenstehenden Organisationen — wie folgt:

| Jahr | Mitglieder |
|------|------------|
| 1915 | 1 946 000 |
| 1916 | 2 073 000 |
| 1917 | 2 371 000 |
| 1918 | 2 726 000 |
| 1919 | 3 260 000 |
| 1920 | 4 078 000 |
| 1921 | 3 906 000 |
| 1922 | 3 195 000 |
| 1923 | 2 923 000 |
| 1924 | 2 865 000 |
| 1925 | 2 878 000 |

Man nimmt an, daß jetzt, nach der Kriegskonjunktur und nach der Krise von 1921, der normale Boden der Gewerkschaftsbewegung wieder erreicht sei.

Bei einer einfachen Umrechnung auf die Bevölkerung — in den Vereinigten Staaten 120 Millionen, in Deutschland deren 65 — zeigt sich unser Organisationsstand als günstiger, was auch richtig bleibt, wenn man verschiedene für Amerika notwendige Abstriche macht (kaum Angestellten- und wenig Beamtenbewegung, weil hier Angestellter und Beamter etwas anderes ist als in Deutschland, anderes Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, anderes durchschnittliches Lebensalter usw.). Wenn man aber berücksichtigt, daß auch heute noch die Vereinigten Staaten Einwandererland sind, aus vielen Nationen zusammengesetzt, jeder einzelne noch, zum mindesten im Unterbewußtsein, mit Romantik und Illusion des Tollarglücks im Herzen — dann kann man der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in ihrem Umfang die Hochachtung nicht versagen.

Wie steht es nun mit dem Geist, von dem die amerikanische Gewerkschaftsbewegung getragen ist?

Hier fällt zuerst auf, daß in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung Sozialdemokraten, Sozialisten in unserem Sinne, nicht allzu viele zu finden sind. Die Federation steht auf dem Standpunkte der Non-Partisan-Politik, das heißt, sie will für die Arbeiterinteressen wirken, ohne selbst Partei zu ergreifen, sie unterstützt im Bedarfsfall sowohl Republikaner wie Demokraten. So wurden 1924 insgesamt sieben republikanische und acht demokratische gemäßigtere Senatoren durchgeföhrt. Unter die LaSalle-Bewegung — Entwicklung einer dritten Partei, der die Gewerkschaftler sich angliedern — scheint fürs erste ein Schlusstrich gesetzt zu sein. Außer von der sozialdemokratischen Bewegung, die im Staate Wisconsin mit Milwaukee Hauptsitz erhebt, kann im allgemeinen in den Vereinigten Staaten von einer beachtlichen sozialistischen Bewegung kaum gesprochen werden. Um es kurz zu sagen: Die Verständigung mit den Gewerkschaften ist mangelhaft, es fehlt wohl aber auch manchmal das Verständnis und der Wille zur Verständigung.

Im besonderen in der New-Yorker Arbeiterbewegung sucht man jetzt, nach dem organisatorischen Zusammenbruch der Kommunisten, etwa eine unabhängig-sozialdemokratische Politik zu gestalten. Das entfremdet aber eher noch mehr als daß es zusammenführt. Dazu kommt, daß die kommunistische Bewegung unter den jüdischen Bekleidungsarbeitern aufgeklammert ist. Die Sorge um die davon betroffenen Organisationen verstärkt bei den Gewerkschaften die völlige Ablehnung alles dessen, was als sozialistisch verstanden wird oder sich doch so gebärdet. Man unterliegt wohl auch etwas der offiziell-amerikanischen Angst vor dem Bolschewismus (wie er ausgemalt wird). So ergibt sich das Resultat, daß man wünscht, es möchte in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung geistig der unseren verwandter aussehen als es tatsächlich der Fall ist. Aber daß dies nicht der Fall ist, auch das ist kein Zufall! Die Vereinigten Staaten sind jung, sie sind erst drei Generationen alt. Infolge des Krieges ist Amerika eigentlich zum ersten Male in eine gewisse wirtschaftliche Sättigung, eine Art Uebergründung gekommen, weltwirtschaftliche Probleme, die früher, ganz gleich in welcher Form sie kamen, abgelehnt wurden, sind zu brennenden Tagesfragen geworden. Wohl niemals ist so deutlich gewesen, daß auch in Amerika die Welt im wesentlichen verteilt ist. Daraus muß die Kraft erwachsen, die zur geistigen Frontbildung der amerikanischen Arbeiterbewegung führt.

Der Finanzausgleich.

Die Ausführungsgesetze vom Reichsrat gebilligt.

Der Staatsrat lehnte in seiner heutigen Sitzung den vom Ausschuss vorgelegten Einspruch gegen das Ausführungsgesetz zum Finanzausgleich, das gestern vom Landtag in dritter Lesung angenommen wurde, einstimmig ab. Das Gesetz wird also wahrscheinlich noch vor Weihnachten verabschiedet werden und zum 1. April in Kraft treten.

Luther und Preisabbau.

Der Erfolg der Preisentlastungsaktion.

In seiner Rede vor dem Verein deutscher Kaufleute und Industrieller hat der Reichsanwalt Dr. Luther auch Ausführungen über den Preisabbau gemacht, die festgehalten zu werden verdienen, weil sie die einseitige Einstellung der Reichsregierung zu diesem Problem wieder einmal vor aller Öffentlichkeit zeigen. Luther rühmte sich, daß die bisherige Preisabbauaktion die Preise zum Stillstand, ja sogar zum Weichen gebracht hätte. Er hat offenbar die Indizes, auf die er sich beruft, nur sehr oberflächlich gelesen; denn sonst hätte er festgestellt, daß der Großhandelsindex bereits im September und auch später im Oktober fast ausschließlich deshalb gesunken ist, weil die Großhandelspreise der am Weltmarkt gehandelten Nahrungsmittel in der fraglichen Zeitspanne zurückgegangen sind. Dr. Luther wird doch nicht behaupten wollen, daß die Preisabbauaktion der Reichsregierung die günstige Ernte am Weltmarkt herbeigeföhrt hat, die den

Preissturz bewirkte. Im übrigen ist bekannt, daß gerade das Reichsernährungsministerium sich an der Preisentlastungsaktion fast gar nicht beteiligt, sondern durch ihr starres Beharren auf den Agrarjollen ihr sogar direkt entgegenwirkt hat. Der Index für industrielle Rohstoffe hingegen ist im Durchschnitt des Monats Oktober nicht einmal um den Betrag der Umsatzsteuerermäßigung gesunken, also um 0,5 Proz., sondern um ein Geringses weniger, nämlich 0,4 Proz. Auch der geringe Rückgang des Lebenshaltungsindezes ist viel mehr auf die Bewegung des Weltgetreidemarktes als auf andere Momente zurückzuführen, ganz abgesehen davon, daß auf den übrigen Gebieten des Warenmarktes die anhaltende Wirtschaftskrise stärker preisentlastend wirkt als irgendwelche behördliche Maßnahmen. Das festzustellen, ist notwendig, um den Erfolg der Preisentlastungsaktion richtig zu kennzeichnen. Dabei soll durchaus zugegeben werden, daß das Vorgehen der Reichs- und insbesondere der Staatsbehörden sowie des Berliner Polizeipräsidenten Genossen Orzefinski durchaus nach der Richtung Anerkennung verdient, daß es den Uebergriffen der Kartelle und der unnötigen Erhöhung der Händler- und Verbrauchererträge entgegenzuwirken verfuhr.

Bei Staat läßt sich also mit dem Erfolg der Preisentlastungsaktion nicht machen, und man muß auf das entschiedenste dagegen Einspruch erheben, den Plan einer Preisentlastung als Vorwand zur Verhinderung von Löhnerhöhungen zu benutzen. Ein ernsthafter Preisabbau ist nur möglich bei einer schärferen Einschaltung der Konkurrenz des Auslandes. Wir brauchen eben den Abbau der Zölle. Der Abschluß des deutsch-italienischen Handelsvertrages ist auf einzelnen Gebieten ein kleiner Anlaß dazu. Hochschulpolitik aber und Preisentlastung sind miteinander auf die Dauer nicht zu vereinbaren. Auf diesem Gebiet ist die Reichsregierung sicherlich sehr inkonsequent verfahren und insofern ist sie für alle krisenhaften Zustände verantwortlich, die sich in Auswirkung der Schutzpolitik beim Abzug von Industriewaren und bei Verschlechterung des Arbeitsmarktes nur deutlich genug zeigen. Diese Verantwortung läßt sich auch mit den bereitetsten Worten und mit einer Ueberhöhung der Preisabbauaktion nicht hinwegdiskutieren.

Sachistenlügen der Hugenberg-Presse.

„Kein Verständnis für Südtirol.“

Der Hugenberg-„Tag“ bringt einen telegraphischen Bericht seines römischen Korrespondenten, der unter Berufung auf Äußerungen eines Baron Sardi dagegen Anklage erhebt, daß der Kongreß der Interparlamentarischen Union in Washington nichts für das Schicksal des deutschen Südtirols übrig gehabt habe. In dem Telegramm heißt es:

„Der Südtiroler Abgeordnete Tinzl hatte, wie Sardi dem Vertreter des „Popolo Roma“ erzählte, den Antrag eingebracht, daß auch Italien der Kontrolle der Großmächte für den Schutz der Minderheiten unterstellt werde. Barzilai und Sardi wandten sich scharf dagegen mit der Begründung, daß es in Italien kein Minderheitenproblem gäbe, daß die Deutschen Südtirols in absolut beruhigenden Bedingungen leben und ihnen das Gesetz den Geist jener Generosität und Regalität garantiere, der seit Jahrhunderten Italien leitet und bei jeder Gelegenheit die erhabenste aller Sicherheiten bilde. Der Kongreß habe dies zustimmend angehört, seine Sympathie und Bewunderung für Italien ausgedrückt und die Vorschläge des Abgeordneten Tinzl nicht der geringsten Beachtung gewürdigt. Und diese Sorte Pazifismus, den das Leid deutscher Minderheiten völlig kalt läßt, wird von der deutschen Linkspresse schweisswedelnd verherrlicht.“

Wir sind nun der Sache nachgegangen und haben folgendes in Erfahrung gebracht: Die Reden der Italiener Barzilai und Sardi in Washington wurden nicht zustimmend und mit Bewunderung angehört, sondern lösten allgemeinen Widerspruch aus. Daß ein Antrag Tinzls nicht angenommen wurde, liegt daran, daß ein solcher von ihm leider gar nicht eingebracht wurde. Die Behandlung des Minderheitenproblems wurde, im Einverständnis mit den linksstehenden deutschen Delegierten, fast ausschließlich den rechtsstehenden deutschen und auslandsdeutschen Abgeordneten überlassen; für die Reichsdeutschen sprach der Volksparteiler

Aus Otto Kösters Nachlaß.

Eben als die ungewöhnlich vielgestaltige Begabung Otto Kösters auf Bahnen gelangt war, in deren Rahmen sie — der lähmenden Sorge um das tägliche Brot enthoben — ihren Reichtum zu voller Blüte hätte entfalten können, raffte ihn der Tod dahin. Nur wenige Monate nach langem aufreibendem Exilentsatz war ihm ein seiner Art gemäher und gesicherter Wirkungskreis beschieden. Als der „Vorwärts“ im vorigen Jahre sich um einen täglichen Karikaturenbeitrag erweiterte, berief man ihn, der bereits durch ein Spottbild „Die deutsche Jungfrau vor dem Porträt des Kronprinzen“ die eigenartige satirisch-humoristische Schlagkraft seiner Skizzierungskunst erwiesen hatte, zur Leitung dieses Teiles. Die da von ihm selber beigezeichneten Karikaturen sprühten von heiter ausgelassener Laune, trugen das Gepräge einer von jeder Schablone freien Eigenmächtigkeit. Unvergesslich steht mir noch immer das Bildchen vor Augen, das die drollige Verzweiflung der vereinigten „Vorwärts“-Karikaturisten darstellt, als ein so dankbares Objekt des Spottes, wie Herzt, mit feierlichem Zylinder angetan, ihnen sein Scheiden aus der deutsch-nationalen Führerschaft anzeigt. Die bissige Satire verbindet sich mit lebenswürdigster Selbstironie. Aber so viele „Vorwärts“-Leser er ergöhrt hat, so wenig war sein Name, war der Mensch, der diesen Namen trug, in den weiteren Kreisen der Partei bekannt.

Er war in anderen Kreisen aufgewachsen. Sohn eines hochgestellten preussisch-konfessionellen Juristen, hatte des Vaters Willen ihn zu gleicher Laufbahn auszersehen. Nicht durch die Umgebung, durch unmittelbare Berührung mit der Partei als durch einen tief in seinem Wesen wurzelnden Hang zu selbstständiger Selbstverwirklichung, der ihn gleichzeitig von dem vorgezeichneten Studium der Jurisprudenz mehr und mehr ins fahrgewässer philosophischer Studien drängte, ist er zu sozialistischen Ueberzeugungen gekommen. Männer wie der Neufantianer Cohen und Ratorp, die gewissen Zusammenhängen zwischen der kantischen Ethik und den Idealen des Sozialismus nachspürten, wurden Wegweiser seiner eigenen Entwicklung. Er, der als Feindner so launig scherzen konnte, den es in den verschiedensten Formen zur Kunst und zur Literatur trieb, der, um die volle Freiheit individueller Selbstbetätigung und Fortentwicklung zu gewinnen, sich ohne Furcht vor Rot und Weiß von der vorgezeichneten Laufbahn und dem väterlichen Hause löste, war so in seiner Auffassung des Sozialismus von vornherein ein ausgesprochener Idealist. Entgegen allem Vorurteil nach den jeweiligen Umständen, verlangte er eine feste Verankerung des Parteiverhaltens in allgemeinen als wahr und recht erkannten Prinzipien und hielt von diesem Standpunkte, ob nun mit Recht oder Unrecht, die Bewilligung der Kriegskredite durch die Mehrheitssozialisten für eine Art von Abfall und Verrat.

Ich persönlich bin ihm nur einmal bei einem kleinen Fest des „Vorwärts“ begegnet. Sein Gespräch kam gleich auf allgemeines und ließ erkennen, mit wieviel Ernst und Hingabe der wichtige Karikaturist sich in die systematischen kantischen Gedankengänge einlebte. Ich gewann den Eindruck eines Menschen von ungebrochener Volkskraft. Keine Spur verriet etwas von dem organischen Leiden, das ihn in wenigen Wochen niedertraten sollte.

Seine philosophische Studie über Kant und Marx, von der er

mir damals erzählte, ist nun nach seinem Tode herausgekommen. Unter dem Titel „Zur Kritik des historischen Materialismus“, als Broschüre in der von Vestrich herausgegebenen Sammlung „Entschiedene Schulreform“. Ein Dokument, in dem sich der aufrechte und hohe Sinn des seltenen Mannes, der weitgepannte Umkreis seiner Weltanschauung eindringlich verberplegt. Er streift in seiner Grundausfassung den Genossen Karl Vorländer und Max Adler nahe, die kantische Gedanken im Sozialismus widerfinden wollen, und meint, auch ein Zurückgehen auf Kant's „De des kategorischen Imperativs und dessen Freiheitslehre eine allerrgemeinste in sich widerspruchsfreie philosophische Fundamentierung des Sozialismus geben zu können. Mir scheint ein solcher Weg nicht gangbar. Indes auch, wer die kantischen Konstruktiven im Gegenjahr zu Köster nicht für überzeugend hält und darum eine solche Untermauerung des Sozialismus von vornherein als dogmatisch ablehnt, wird aus der Art von Kösters Ringen um Selbstverwirklichung fruchtbarere Anregungen für sich selber schöpfen. Man spürt in allem einen Geist, dem reine unbestochene Erkenntnis Herzenssache war.

Conrad Schmidt.

Vortragsabend Klaus Mann. Klaus Mann hat das zweifelhafteste Glück, der schreibende Sohn eines dichtenden Vaters zu sein. Man mag auch dem Anfänger der berühmte Name zum Vorteil dienen, da er die Reugier eines weiten Publikums reizt — in der Folge wird er es um so schwerer haben, sich zu behaupten. Wird es Klaus Mann gelingen? Niemand vermag es heute bereits zu entscheiden. Wir hörten ihn in der Gutenberg-Buchhandlung aus eigenen Werken lesen: Wortwort und Schluß des Romans „Der fromme Tanz“, zwei Novellen. Aus allem gewann man den rührenden Eindruck der süßlichen Jugend der Gegenwart, die dunkel das Geheimnis des Lebens ahnt und daran glaubt — denn wie könnte sie anders ihre Existenz ertragen? —, und die ihm doch nirgends so nahe kommt, daß er auch nur Umrisse für sie gewänne. Doch für wen hat es die? Bleibt uns allen nicht schließlich die offene Frage, deren Antwort bisweilen ein Dichter in seinen Träumen findet, ohne daß auch er sie in den Alltag hinüberretten kann? Aber Klaus Mann ist heut noch kein Dichter, nur ein Mensch; für einen Jungen ist das vielleicht mehr. Als Oberon seines Wesens und Schaffens schwingt die große Liebe zu dem unendlichen Rosaß, das uns „Leben“ heißt. Und da er es nicht übersehen kann, betrachtet er jedes einzelne Teilchen in dem Bewußtsein, daß Leben ein großes Unheilbares ist, das auch in jeder Einzelheit das Ganze bleibt. Darüber hinaus aber lehnt er sich nach Zusammenballung, nach Relationen, die er noch nicht findet, sondern konstruiert. So fehlt seinen Werken noch die Einheit, ein Mangel, der fühlbarer dadurch wird, daß Klaus Mann den Leser — oder Hörer — auch nicht mit dem Surrelogat des Wortes betrogen kann. Denn wenn er auch um die Schönheit der Sprache weiß, ihre Kraft lennt er noch nicht. Aber vielleicht freut man sich in künftigen Werken, dem Dichter Klaus Mann zu begegnen, wie es uns diesmal gern genügt, die Bekanntheit des Menschen zu machen.

Minuten, die zu Millionen werden. Wie seinerzeit gemeldet wurde, wird in London demnächst ein neues Untergrundbahnnetz geschaffen werden, das ausschließlich dem Frachtverkehr dienen soll. Nach den zammehre endgültig feststehenden Plänen wird die Anlage

den Riesenbetrag von 650 Millionen Mark verschlingen. Trotzdem erwartet man, daß sie sich privat- und volkswirtschaftlich sehr gut bezahlt machen wird. Man hat berechnet, daß, selbst wenn es nur gelingen sollte, den Güterverkehr zwischen den Stationen Euston und Waterloo um zehn Minuten zu beschleunigen, dies ein Ersparnis von mindestens 2 Millionen Mark jährlich für den Handel und die Industrie der britischen Reichshauptstadt bedeuten würde. Eine ebensolche Beschleunigung des Personenverkehrs würde sogar eine jährliche Ersparnis an Arbeitszeit im Wert von 80 Millionen Mark ergeben.

Sprichwörter. Der Lehrer behandelte die Sprichwörter und fragte die Klasse nach Beispielen. Die Klasse schwieg. Vergerlich schalt der Lehrer, weil niemand eine Antwort auf seine Fragen wußte. Da hob das kleinste Knäblein auf der vordersten Bank sein Fingerglied hoch.

„Also, Peter, du weißt ein Sprichwort?“

„Ja, Herr Lehrer. Ein Rarr kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten können.“

Entrüstet sagte der Lehrer: „Weißt du kein anderes Sprichwort als das, dumme Junge?“

„Gewiß, Herr Lehrer. Wenn der Schuh paßt, der zieht ihn an.“

Da war das Raß voll, und der Lehrer lief zum Direktor, damit dieser den frechen Bengel zur Rede stellen solle. Zu Zweien betraten sie wieder die Klasse.

„Au sag doch mal, Peter, weißt du denn keine besseren Sprichwörter?“

„Gewiß, Herr Direktor,“ sagt Peter. „Ein Unglück kommt selten allein.“

(Aus „Het Beekblad“, den Haag.)

Ludwig Hardt wird auf Einladung der Volkshäute E. G. am Mittwoch, dem 18., im Vestrich-Saal erstmalig in Berlin „Roberte Profa“ lesen. Einlaßkarten 1 M.

Die Ausstellung „Wohnung und Haushalt“ wird am 14., mittags 12 Uhr im Hausstellungsraum Kreuzberg, Am Urban 10/11, eröffnet. Sie enthält ausgedehnte Ergänzungen des Handwerks (Wäbel, Webereien, Glas, Keramik, Holz, Metall usw.), die als Genüsse der vom Deutschen Roten Kreuz und der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur (Vorstand: Reichsminister Dr. Reibsch) zu veranstaltenden Wohltätigkeitslotterie in Aussicht genommen sind. In Verbindung hiermit wird die Ausstellung „Die gesunde Wohnung“ eröffnet, die das Bezirksamt Kreuzberg veranstaltet, und die Hinweise zur Verbesserung unserer Wohnungen in hygienischer Hinsicht enthalten wird.

Elisabeth Bergner wird mit Regalationen eine Feste der Wilhelmshagen 1925 umrahmen, die der Dichter Herr Peter der hundertfünfzigsten Wiederkehr des Tages von Goethes Ankomst in Weimar gelten wird. Die Feste, mit der die Ortsgruppe Berlin der Goethe-Gesellschaft ihre diesjährigen Veranstaltungen einleitet, findet am Sonntag, dem 15., 11½ Uhr, im Deutschen Theater statt. — Karten bei Vöte & Sof, Westheim, Invalidendank und an der Kasse des Deutschen Theaters.

Herrmann Gills' Tragödie „Maria Heimlich“ wurde vom Renaissance-Theater erworben. Die Uraufführung findet unter der Regie von Theodor Kagger noch vor Weihnachten statt.

Der Poppl im Radio. Wie die „Radio-Umschau“ mitteilt, ist im kommenden Jahre eine Friedenstraße des Poppl im Radio zu erwarten. „Kalle“ soll der Titel sein. Wögen alle es hören!

Mittelmann. Im übrigen wurde der Bericht des Schweizer Usteri, der sich durchweg auf dem Standpunkt der deutschen Minderheiten stellte, ebenso wie sein Schlusswort vom Interparlamentarischen Kongress allgemein gebilligt.

Es ergibt sich also folgendes Bild: in einem Festschriftenblatt fügt ein faschistischer Baron das Blaue vom Himmel herunter; der Hugenberg-Korrespondent übernimmt seine Lügen kritisch und knüpft an ihre telegraphische Wiedergabe gemeinsame Verdächtigungen der deutschen Vintsparteien!

Und wer ist dieser Hugenberg-Korrespondent? Derselbe Herr Eberlein, der erst vor wenigen Tagen an dieser Stelle angeprangert wurde, weil er in einem Leitartikel des „Local-Anzeigers“ das faschistische Regime in kriecherischer Weise angehimmelt hatte! Nach ihm wäre es den Bemühern Italiens noch nicht so gut gegangen wie unter Mussolini. Von den Deutschen Südtirols hatte Herr Eberlein dabei nachweislich vergessen zu sprechen. Der Hugenberg-„Tag“ versteht aber diesen telegraphischen Erguß seines Faschisten-Eberlein mit der Ueberschrift: „Kein Verstandnis für Südtirol!“

Zaniboni-Wirkungen.

Neue Polizeieingriffe.

Rom, 12. November. (EP.) Sämtliche Ausgaben der römischen Oppositionsblätter wurden gestern beschlagnahmt.

Nervöse Spannung in Italien.

London, 12. November. (W.B.) Unter der Ueberschrift „Die Spannung in Italien“ veröffentlicht die „Times“ auf der Hauptseite eine Mitteilung, in der es heißt: Nach in London eingetroffenen zuverlässigen privaten Informationen hat die augenblickliche strenge Anwendung der Zensur in Italien im Lande einen Zustand nervöser Spannung erzeugt. Eine gewisse Gärung ist sogar in faschistischen Kreisen bemerkbar, und man befürchtet, daß eine lange Fortdauer des augenblicklichen Zustands der akuten Spannung unerwünschte Ergebnisse haben kann.

Scialoja lehnt die Offizialverteidigung Zanibonis ab.

Rom, 12. November. (EP.) Wie die „Tribuna“ berichtet, hat der Untersuchungsrichter, der die Untersuchung wegen des Attentats auf Mussolini leitet, den Senator Scialoja, der Vorsitzender der Advokatenkammer ist, für die Offizialverteidigung von Zaniboni ernannt, doch soll Scialoja mit Rücksicht auf seine häufigen Auslandsreisen als Regierungsvertreter abgelehnt haben.

Mattcottis Mörder nicht freigelassen.

Rom, 12. November. (W.B.) Die Blättermeldungen von einer Haftentlassung der der Ermordung Mattcottis Angeklagten Rossi, Falspell und Marinelli treffen, wie die „Agenzia Stefani“ melden, nicht zu. Bis jetzt sei keine Haftentlassung erfolgt.

Abbau des Kommunismus.

Wiedereinführung des Erbrechts in Sowjet-Rußland.

Moskau, 12. November. (W.B.) Das Präsidium des Russischen Zentral-Exekutivkomitees verfaßt die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Zivilgesetzbuches, durch die ein Teil der bisherigen Beschränkungen des Erbschaftsrechts aufgehoben werden. Unter diese Abänderung fällt insbesondere die Aushebung des Artikels, der die Höhe des zulässigen Erbschaftsbetrages auf 10 000 Rubel beschränkt. Nach der neuen Fassung des Gesetzes fällt eine Erbschaft nur dann an den Staat, wenn ein Testament nicht vorliegt oder gesetzliche Erben nicht vorhanden sind.

Der schöne Straßenbahnwagen.

Es gab eine Zeit, in der die Straßenbahnwagen Berlins von oben bis unten mit Reklamen bedeckt waren. Große Schilder auf dem Dach verkündeten, daß eine bestimmte Hautcreme die beste sei oder daß man die Fußpflege nicht vernachlässigen dürfe. Ein Straßenbahnwagen sah damals aus wie der Inseratenteil einer Zeitung. Gleichgültig wie der Wagen wirkte, Hauptsache blieb, daß die Reklamen Geld einbrachten. Schließlich bekam man sich aber darauf, daß ein Straßenbahnwagen auch ohne Reklame gut aussehen müsse, man entfernte die Reklame, ging aber in seinem Schönheitsdurst sofort zu weit. Man fand nämlich auch, daß die Seitenschilder, auf denen die wichtigsten Punkte, die der Wagen berührt, verzeichnet waren, das harmonische Aussehen der neuen schönen Wagen stören könnten. Schönheit, Schönheit über alles! Als Erfolg brachte man hinter einem der Fenster ein großes Pappschild an, auf dem die genaue Fahrtrichtung verzeichnet wurde. Die Schrift der Pappschilder ist schwer zu lesen, besonders vom Bürgersteig aus. Die Orientierung ist erschwert. Schließlich kann niemand verlangen, daß man alle Straßenbahnlinien auswendig weiß, und für einen Fremden bleibt es besonders schwer, sich zurechtzufinden, da er überhaupt nicht weiß, wo das Schild hängt, und wenn er es endlich gefunden hat, ist die Straßenbahn bestimmt im Abfahren begriffen. Berlin, das augenblicklich die größten Anstrengungen unternimmt, Fremde an sich zu ziehen, sollte nicht unnötigerweise dieser nützlichen Menschengattung das Fahren mit der Straßenbahn erschweren. Das Ganze ist ein überflüssiges Experiment, wie das frühere, die lateinische Schrift durch sogenannte deutsche zu ersetzen. Schönheit ist sehr nett, sie darf sich aber nicht als Verkehrerschwerung erweisen. Im übrigen hat zum Beispiel die Stadt Dresden den Nachweis erbracht, daß ein Straßenbahnwagen ganz von Reklame eingehüllt sein und doch einen ästhetisch vollkommen befriedigenden Eindruck machen kann.

Voten des Winters.

Der Frühwinter hat über Nacht eingeseht. Nach dem regnerischen Wetter der vergangenen Tage machen sich die ersten Nachfröste bemerkbar, die auch das sonnige Wetter des Tages kaum erheblich zurücktreibt. Die schweren Nöte des Winters sind damit in greifbare Nähe gerückt. Wärmehallen und -stuben müssen geöffnet werden, damit die vielen Arbeitslosen, die sich in ihrer hoffnungslosen wirtschaftlichen Situation den Luxus des Heizens nicht leisten können, wenigstens tagsüber halbwegs erträglich existieren können. Nicht minder wichtig ist die Versorgung der unheimlichsten Bevölkerung mit Heizmaterial. Diese Versorgung auf breiter Basis und mit aller Energie durchzuführen, ist eine der vornehmsten und dringlichsten Aufgaben. Dabei gilt es, die Entwicklung auf dem Kohlenpreismarkt sehr aufmerksam zu verfolgen. Der Straßenbahngesellschaft wird soviel Einsicht gewünscht, daß sie ihre sämtlichen modernen und unmodernen Kesselschiffe von vornherein und gründlich heizen läßt, wie es der Deckungsbeitrag schon vor Wochen versprochen worden ist. Ausschichtwagen sind es nämlich deshalb, weil man zurzeit in ihnen die schönste Aussicht auf Erhaltung, Heilerkeit, Schnupfen, Grippe und Lungenentzündung hat. Jedenfalls sei schon jetzt mit aller Deutlichkeit gesagt: Jene, die die soziale Krise grundlos verschärfen, versündigen sich aufs schwerste an der deutschen Volks. Im übrigen eine kleine Frage: Das Wärmeproblem ist vielleicht in diesem Jahre besonders

Schluß der Beweisaufnahme.

Der Cohnmannprozeß vor dem Abschluß.

München, 12. November. (W.B.)

In der Donnerstag-Sitzung übergab zunächst Rechtsanwalt Graf Pestalozza dem Gericht und der Gegenpartei eine Darlegung der Entstehung der Dolchstoßhefte. Danach ist die Einleitung des ersten Heftes, und sind die zusammenfassenden Schlusssätze der beiden Hefte von Professor Cohnmann verfaßt. Außerdem ist Cohnmann Verfasser derjenigen Artikel, welche bisher unveröffentlichtes Material behandelt. Bei anderen Artikeln ist er teilweise Mitarbeiter.

Zu der gestern aufgeworfenen Frage, wieviele Verurteilungen wegen Landesverrats während des Krieges erfolgten, legte Graf Pestalozza eine amtliche Zusammenstellung vor. Hiernach wurden vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1917 131 Personen wegen einfachen Landesverrats verurteilt; vom 1. August 1917 bis 31. Dez. 1917 erfolgten 66 Verurteilungen; in den letzten fünf Monaten des Jahres 1917 ist die Zahl der Verurteilungen außerordentlich gestiegen. Weiter übergab er dem Gericht einen großen Band mit Flugblättern und Agitationsmaterial, wozu er bemerkte, daß in dieser umfangreichen Sammlung nur eine kleine Menge jenes Materials zusammengestellt sei. Es handelt sich um Propagandamaterial, das aus dem In- und Auslande stammt.

R.-A. Dr. Hirschberg verlas dann eine Reihe von Stellen aus verschiedenen während des Krieges erschienenen Druckschriften, worin in der Hauptsache Kriegsziele behandelt und annexionspolitische Forderungen aufgestellt werden.

Es sind das u. a. Werbeschreiben der Vaterlandspartei, dann die sogenannte Professorengabe vom 20. Juni 1915, worin u. a. die Verbesserung der deutschen Westgrenze von Belfort bis zur holländischen Küste verlangt, ein Teil der französischen Küste gefordert wird, Vorschläge über die Höhe der Kriegsschädigung gemacht werden, dann die Forderung aufgestellt wird, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben müsse. Weitere Forderungen beziehen sich auf die Wegnahme von Siedlungsland in Rußland, auf die Erweiterung des deutschen Kolonialreichs in Afrika usw.

Der Verteidiger wies ferner darauf hin, daß auch die „Süddeutschen Monatshefte“ in einer Reihe ihrer Ausgaben für Annexionen eingetreten sind, insbesondere in dem Heft „Kriegsziele“ vom Dezember 1915 und in dem Heft „Flandrische Küste“. Weiter verlas Dr. Hirschberg Stellen aus einem Dokument des bayerischen Militärbevollmächtigten im Großen Hauptquartier, einem Schriftstück, das an den bayerischen Kriegsminister gerichtet war. Es heißt in dem Schriftstück, es müsse etwas geschehen, um von der Heimat aus den Geist und die Stim-

dringlich. Bekanntlich ist ein Körper, dem die notwendige Menge Fett zugeführt wird, weitaus widerstandsfähiger gegen die Kälte als ein unterernährter. Für die radikale Entziehung der notwendigen Fette aus dem Willkürkörper des deutschen Volkes haben unsere großagrarischen Joltrüber mehr als gewissenhaft Sorge getragen. Sie haben uns allerdings eingeheizt. Aber so gründlich in einem anderen üblen Sinne, daß wir aus dem Frieren nicht mehr herauskommen.

In der letzten Nacht sank das Thermometer in Berlin stellenweise auf fünf Grad unter Null. An vielen Stellen waren Seen und Teiche mit einer Eisdede überzogen, und auf den Straßen und Chaussees hatte sich Glatteis gebildet. Wie aus München gemeldet wird, hat der merkwürdige Temperaturrückgang der letzten Tage über das bayerische Oberland und die Hauptstadt Bayerns, München, eine leichte Schneedecke gelegt.

Die Straßfurter Raubmörder.

Merkwürdige Erfahrungen der Hütetreibenden.

Die Mörder des Fräulein Kaiser in Straßfurt, der frühere Landwirtschafstselekt Raskhe und der Kaufmann Böttger, wurden gestern von Kriminaloberinspektor Gennat noch einmal eingehend verhört. Es sind junge Männer, die die höhere Schule besucht haben. Trotz aller Bemühungen der Eltern waren sie zu einer regelmäßigen ständigen Beschäftigung nicht zu bewegen.

Eigenartige Erfahrungen machten sie als Landreisende für ein Berliner Hütengeschäft. Dieses Hütengeschäft scheint sich in der Tat höchst merkwürdige Geschäftspraktiken bedient zu haben und es wäre doch recht notwendig, auch diesen Dingen einmal nachzugehen. Es wäre immerhin möglich gewesen, daß die jungen Leute, wenn die Gepflogenheiten des Hütengeschäfts reell gewesen wären, durch ihre Reiseländertätigkeit soviel verdient hätten, daß sie sich damit leidlich über Wasser gehalten. Sie mußten nämlich bei den Bauern alte Hüte aufkaufen, für die neue geliefert wurden. Der Verkäufer gab seinen alten Hut und mußte auf den neuen 3 Mark anzahlen. Den neuen erhielt er dann gegen Nachnahme von 6 Mark. Die neuen Hüte waren so schlecht, daß die Reisenden in Orien, in denen vorher schon Vertreter der Firma diese Geschäfte gemacht hatten, von den Bauern wiederholt Prügel bekamen. Nachdem Raskhe und Böttger diese Vertretung von Paris aus aufgeföhndigt hatten, wanderten sie zu Fuß durch Pommern und Westfalen. Wenn sie gar kein Geld hatten, so schloßen sie in Heuschobern oder auch auf Gütern, auf denen sie meistens auch zu essen bekamen. Hatten sie etwas Geld, so lehrten sie in Gastwirtschaften ein, bezogenen Zechen und Logis, stahlen aber, wenn sich die Gelegenheit bot, dem Wirt wieder das Geld aus der Kasse und verschwanden damit. Ueber den weiteren Verlauf ihres unflotten Wanderlebens, das dann in dem entsetzlichen Verbrechen endete, ist bereits berichtet worden.

Politische Neutralität im Deutschen Gastwirtsverband.

Das Wort Neutralität klingt so harmlos, so aufrichtig. Man will keine Politik betreiben; natürlich hat man keine politischen Ueberzeugungen, aber man will sie keinem aufdrängen, besonders wenn man in einer Organisation ist, die außerpolitische Zwecke verfolgt. Auch der Deutsche Gastwirtsverband geföhlt sich in dieser Pose. Er vertritt nur die Interessen der Gastwirte, Politik geht ihn nichts an. Anders allerdings verhält sich die Sache, wenn man seine Zeitung liest, oder einen Blick in das „Gasthaus“ wirft, der illustrierten Wochenbeilage des „Amstblattes“ des Deutschen Gastwirtsverbandes. Das Titelbild in Nr. 45 ist für die ganze Bestimmungsrichtung dieser Herren bezeichnend. Unterschriften ist es: „Der 7. November 1918“. Schreckliche Zustände sieht man dort. Ein wüster Raitrofenhaufen mit leidenschaftlich erregten Gesichtern und geäußerten Rachegefühlen nebst Revolvern und roten Fahnen im einen Revolver und dem männermordenden Ernst eines Detektivdarstellers im Film entgegenhält. Hier echtes, deutsches Heldentum mit Theatergeste, dort entsetzliche Rassengefühle. Daß ein anderer Offizier außerdem noch als toter Mann vor der Kriegshelme liegt, erhöht nur die Stimmung. Und die Unterschrift dazu ist von einer geradezu klassischen, politischen „Neutralität“. „Die deutsche Flotte war im Oktober 1918 zu einem großen, aussichtsreichen Schlage gegen die englische Flotte versammelt. Durch die Verbeugung der Besatzung wurde das Auslaufen der Flotte kurz vor dem folgenschweren Waffensstillstand verhindert.“ Die Herausgeber dieser teils illustrierten, teils textlichen Angelegenheit, die Herren Fritsch von Lindenu und Ulrich von Uchirich, aus dem Verlag der Otto Eisner & Co., Berlin S. 42, entwickeln dabei die politischen Kennzeichen eines Schulbuchs und zeigen sich als recht talentierte Hakenkreuzknechte. Der Gastwirtsverband sollte sich doch aber, wenn er

mung der Armee wieder zu heben, die Westlage Deutschlands sei nicht mehr herzustellen, man müsse auf den Frieden hinarbeiten. In dem Dokument befindet sich zu diesen Auslassungen eine Randbemerkung des Kriegsministers: „Was ist damit gewonnen?“

R.-A. Graf Pestalozza gab dann im Namen Professor Cohnmanns die Erklärung ab, daß dieser entsprechend der Anforderung des Berichtes diesem das noch weiter anzubietende Beweismaterial schriftlich mitgeteilt habe. Er habe den Gerichtsbeschlüß erhalten, daß nur noch die beiden gestrigen Zeugen vernommen werden sollten.

R.-A. Dr. Hirschberg sprach ebenfalls das Bedauern darüber aus, daß weitere Vernehmungen nicht mehr stattfinden könnten. Er hätte noch sieben Frontsoldaten als Zeugen angegeben; er erkenne aber an, daß auch diese Gerichtsverhandlung einmal aufhören müsse.

Der Vorsitzende bat, die Debatte zu schließen.

Der Beklagte Gruber erklärte noch, in der Beweisaufnahme seien Lücken, die noch ausgefüllt werden müßten, es scheine ihm, daß die Arbeiterfrage in diesen Verhandlungen nicht in der Weise erörtert worden ist, die vielleicht jetzt noch von einiger Bedeutung wäre.

Der Vorsitzende verlas hierauf die Ergebnisse des vierten Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 26. Mai 1925 über die Untersuchung betr. die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918. Mit besonderer Betonung hob der Vorsitzende die Schlusnote dieses Berichtes hervor,

wonach der Untersuchungsausschluß in bezug auf die von ihm behandelten Fragen keine Feststellung getroffen habe, welche es rechtfertige, nach irgend einer Seite zu einem Schuldurteil zu gelangen.

Professor Cohnmann machte darauf aufmerksam, daß die Arbeiten des Untersuchungsausschusses über die Dolchstoßfrage noch fortgesetzt würden.

R.-A. Hirschberg bestätigte, daß bereits in der nächsten Zeit der Untersuchungsausschluß diese Frage in Angriff nehmen werde. Das in diesem Prozeß zutage geföhrtete Material werde für die Untersuchungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses einen wichtigen Beitrag liefern.

Der Vorsitzende teilte hierauf folgenden Gerichtsbeschlüß mit: Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Fortsetzung der Verhandlung am Montag, den 18. November 1925, vormittags 9 Uhr.

Am Montag vormittag beginnen demnach die Plaidoyers.

insächlich politische Neutralität wahren will, die Herausgeber seiner illustrierten Wochenbeilage besser ansehen. Was aber sagen die Hunderttausende Konsumenten, von denen doch die Gastwirte leben, zu diesem hehrischen Unfug?

Johannes Franke verstorben.

Einen herben Verlust erleidet die Reichsfürmer Parteiorganisation durch den Tod des am 10. November verstorbenen Genossen Johannes Franke von der D. Abteilung. Franke war einer der älteren Genossen, die stets für die Dienste der Partei zu haben waren. Bereits 1898 kam Franke zur Partei. Vorher, schon 1892, trat er dem Metallarbeiterverband bei. Sein unermüdlicher Fleiß, seine Treue zum Proletariat brachte ihn in die wichtigsten Funktionen. Von Beruf Schraubendreher, war er zuletzt bis zum Eintritt seiner Krankheit im Landarbeitsamt Berlin tätig. Sein Wunsch, seinen 60. Geburtstag im Kreise seiner Genossen fröhlich zu feiern, ging leider nicht mehr in Erfüllung. Schwere Krankheit zwang ihn, das Krankenhaus aufzusuchen, wo ihn am der Tod ereilte. Sein treuer Fleiß mahnt zur Nachseherung. Die Einäscherung findet statt am 14. November, 12¼ Uhr mittags, im Krematorium Baumshuldenweg, Kiehlhofstraße.

Preisrückgang und Preissteigerung.

Nach einer Zusammenstellung der „Kolonialwarenwoche“ ist im Großhandel der Preis von zehn Lebensmitteln im Oktober um 1,7 Proz. zurückgegangen, während im Kleinhandel eine Preissteigerung nicht eingetreten ist. Dori sind Butter und Eier im Preise gestiegen, Schmalz und Zucker sind billiger. Also Ergebnis: Steigerung der Spannen im Kleinhandel trotz Tätigkeit der Regierung und keine Verbilligung der Haushaltsgüter. Die Preisrückgänge des Großhandels sind sicherlich eine Folge des Geldmangels, der ihn zwingt, Waren um jeden Preis abzulassen und eine Folge des Robilmachens der öffentlichen Meinung, die im wesentlichen auf Seiten der Konsumenten steht, dieser Druck muß weiter anhalten, um auch beim Kleinhandel Preisermäßigungen zu erreichen. Mehr zu erzielen wird jedoch erst bei Veränderung des Kurfes unserer Steuer- und Wirtschaftspolitik möglich sein.

Polizei und Landbevölkerung.

In der letzten Nummer des Preussischen Polizeiwochenblattes beachtung ein Vortrag des Landjägermeisters Eigenbrod (Ballum, Bez. Bremen) über Landjäger und ihre kriminalpolizeilichen Aufgaben. Die Zusammenarbeit der Polizei mit der Landbevölkerung gestaltet sich wesentlich schwieriger als man allgemein annehme. Schwerfälligkeit, Scheu, vor dem Gericht und Angst vor Rache seien die hauptsächlichsten Widerstände, mit denen der Landjäger im Ermittlungsverfahren ständig zu kämpfen habe, und nur durch erprobte Unparteilichkeit, Unbedecktheit und große Verschwiegenheit könne es ihm allmählich gelingen, das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen. Dieses Vertrauen sei die Generalvoraussetzung für ein erfolgreiches Wirken und nütze häufig mehr als die besten Fachkenntnisse. Die Agentenfrage komme aus dem Lande nicht in dem Maße in Betracht wie in der Stadt. Der Referent forderte zum Schluß einen größeren Ausbau der Kriminalpolizei innerhalb der Landjäger sowie bessere Ausrüstung der Landjäger mit modernen technischen Hilfsmitteln.

Der Kindergarten in Treptow, Wilhelmsbr. 53/54, wird jetzt morgens bereits um 7 Uhr geöffnet. Vielen arbeitenden Müttern ist damit Gelegenheit gegeben, ihre Kinder vor Beginn der Arbeit in Obhut zu bringen.

Konsumgenossenschaft, 84, 85, und 19, Verkaufsstelle. Donnerstag, 12. 11. 1918, finden im Stadtheater, großer Saal, zwei Filmvorführungen des Films „Unter Konsum“ statt. Rachmittags 4 Uhr für Kinder, Eintritt 15 Pf., abends 8 Uhr für Erwachsene, Eintritt 30 Pf.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Bahnhof Sadiendorf der Strecke Stettin-Küstrin. Beim Abtaden stürzte ein Weichendreieck herab und begrub vier Arbeiter unter sich. Der 43 Jahre alte Bohrunterhaltungsarbeiter Albert Kante war sofort tot, ein Arbeiter Schulz wurde schwer verletzt in das Krankenhaus Königsberg (Reumarkt) gebracht. Die beiden anderen Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Wegen Ermordung seiner Ehefrau wurde der 33 Jahre alte Ruffler Karl Pohl aus Fredleben zum Tode verurteilt. Der Angeklagte war beschuldigt, in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober seine Ehefrau im Bett durch einen Schuß aus einer Rauferpistole getötet zu haben. Pohl, der einen Selbstmord seiner Frau vorzutauschen versucht hatte, teugnete bis zum Schluß der Verhandlung.

Gewerkschaftsbewegung

An alle Arbeiterinnen der Welt!

Das am 3. und 4. November in Amsterdam versammelte Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterinnen aller Länder auf die traurige Lage, die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiterinnen in Industrie, Handel und Landwirtschaft.

Da sich die Arbeitsbedingungen der Männer im gleichen Maße verbesserten, als sie von ihren gewerkschaftlichen Machtmitteln Gebrauch machten, wendet sich das Komitee an die arbeitenden Frauen aller Berufe und Länder mit der Aufforderung zum Anschluß an ihre beruflichen Organisationen und damit zur Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Macht.

Das Komitee gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Aktion des im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Proletariats der Arbeiterklasse nicht nur eine bessere und menschlichere Existenz sichert, sondern die Menschheit einem allgemeinen und dauernden Frieden entgegenführt wird.

Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee:
Helene Burniaux (Belgien), Henriette Crone (Dänemark), Mary Quail (England), Jeanne Chevenard (Frankreich), Gertrud Hanna (Deutschland).

Urabstimmung bei der Hochbahn und der Aboag.

Die Ablehnung der Schiedsprüche empfohlen.

Die Funktionäre der Hochbahn und der Aboag nahmen gestern abend zu den am gleichen Tage gefällten Schiedsprüchen Stellung. Nobel vom Verkehrsverband berichtete über die Verhandlungen und gab den genauen Inhalt der Schiedsprüche bekannt. Der Schiedspruch für die Hochbahn belagert im wesentlichen folgendes: Das technische Personal erhält ab 1. November eine Zulage von 3 Pfennig. Dasselbe Zulage erhält das Verkehrspersonal in allen Gruppen, umgerechnet nach dem in der Besoldungsordnung festgesetzten Schlüssel. Außerdem erhalten Zugbegleiter, Blockwärtler und Straßenbahnschaffner nach 12 Dienstjahren 3 M. Zulage monatlich, die nach je weiteren 2 Jahren um 3 M. bis höchstens 6 M. steigt. Zugabfertiger, Bahnhofschaffner erhalten nach 12 Dienstjahren 2 M. monatlich, steigend nach je 2 weiteren Dienstjahren um 2 M. bis zu höchstens 4 M. Dieser Schiedspruch gilt vom 1. November bis 31. März 1926.

In der Diskussion betonten alle Redner die völlige Unzulänglichkeit dieser Zulagen. Die Lohnerhöhung steht in keinem Verhältnis zu der Teuerung, und die Löhne blieben hinter denen zurück, die in der übrigen Industrie, im Handel und Verkehr gezahlt werden. Wenn man z. B. den Löhnen der Berliner Hochbahn die der Hamburger gegenüberstellt, so ergibt sich folgendes: In Hamburg erhalten die Zugführer einen Anfangslohn von 189 M. und einen Endlohn von 214 M. Die Berliner Zugführer würden mit der Zulage im Anfang 181 M., im Endlohn 200 M. erhalten. Die Hamburger Zugbegleiter, Blockwärtler und Straßenbahnschaffner erhalten im Anfangslohn 192 M., im Endlohn 207 M. Die Berliner Zugbegleiter würden mit der Zulage im Anfang 170 M., im Endlohn 179 M. erhalten. Bahnsteigschaffner bekommen in Hamburg 182 bis 199 M., in Berlin würden sie mit der Zulage 149 bzw. 162 M. erhalten. Ebenso würde für das Verkehrspersonal die Zulage nicht volle 3 Pfennig betragen, da die Zulage wie für das technische Personal auf eine monatliche Arbeitszeit von 208 Stunden berechnet ist, das Verkehrspersonal im Monat aber 230 Arbeitsstunden zu leisten hat.

Die Funktionäre beschloßen, die Belegschaften durch eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden zu lassen. Sie wird im Betrieb der Hochbahn am Montag und Dienstag nächster Woche vorgenommen, in der Aboag am Dienstag.

Die Funktionäre empfahlen jedoch den Belegschaften, den Schiedspruch abzulehnen. Im Hinblick auf die unzureichende Lohnerhöhung und die angeführten Vergleiche ist damit zu rechnen, daß die Belegschaften die Auffassung der Funktionäre teilen und den Spruch ablehnen werden.

Volle gegen § 84 des BGG.

Einen prinzipiellen Kampf gegen den die Willkür des Unternehmers bei Entlassungen einschränkenden § 84 des Betriebsvertragsführte die Meierei Volle vor dem Kaufmannsgericht.

Bei der genannten Firma war seit Oktober 1924 eine Kontoristin als Hilfskraft eines Bureauleiters beschäftigt. Dieser schied aus seiner Stellung, die dann zeitweilig unbefestigt blieb. Während dieser Zeit hatte die Kontoristin manche sonst nicht zu ihren Obliegenheiten gehörende Arbeiten selbstständig auszuführen, auch blieb natürlich, da sie jetzt die einzige Arbeitskraft im Bureau war, ein Teil der laufenden Arbeiten liegen. Dann trat ein neuer Bureauleiter ein. Nach dessen Meinung war die Kontoristin, die über ein Jahr ihren Posten zur Zufriedenheit der Firma ausgefüllt hatte, den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Sie wurde gekündigt und ihre Stellung mit einer anderen Dame besetzt.

Die Kontoristin, die ihre Entlassung als unbillige Härte ansah, klagte beim Kaufmannsgericht. Hier wurde Beweis darüber erhoben, ob die Klägerin in der Tat nicht mehr geeignet sei, die bisher von ihr besetzte Stelle auszufüllen. Die Beweisaufnahme fiel zugunsten der Klägerin aus.

Der Vorsitzende des Gerichts machte dem Vertreter der Firma Volle einen Vergleichsvorschlag, den der Vertreter der Firma aber zurückwies, indem er betonte, er wolle grundsätzlich festgestellt sehen, ob das Gericht oder der Arbeitgeber zu entscheiden habe, ob ein Arbeitnehmer für seine Stellung geeignet sei oder nicht, und ob die Firma nicht das Recht habe,

jemand, den sie für ungeeignet halte, zu entlassen, ohne ihm eine Entschädigung zu zahlen.

Der Vertreter der Firma Volle erhielt die Antwort durch das Urteil des Gerichts, welches dahin geht, daß die Firma die Klägerin weiter zu beschäftigen oder sie mit 217 M. zu entschädigen hat, denn die Entlassung sei eine unbillige Härte. Daß die Klägerin Arbeiten haben lassen könne, ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden, da ihr untreulich die Aufarbeitung eines durch monatelanges Fehlen eines anderen Angestellten liegenden gebliebenen Pensums zugefallen war.

Niedrigere Löhne und höhere Preise.

In der Glasindustrie.

Zu dem Kampf in der Weißglasindustrie wird uns von der Zahlstelle Durbau des Zentralverbandes der Glasarbeiter geschrieben:

Durch viele Berichte der Glasindustriellen der Niederlausitz sind wir gezwungen, eine Richtigstellung in der Lohn- und Arbeitszeitfrage wie folgt zu geben:

Die technischen Einrichtungen vor dem Kriege waren auf den meisten Hütten in der Niederlausitz nicht soweit vorgeschritten, wie nach dem Kriege. Zum Beispiel ist es sehr selten vorgekommen, daß die Arbeitszeit am heißen Ofen 9-9½ bzw. 10 Stunden betrug, da Größe und Inhalt der Hefen vor dem Kriege nicht in dem Verhältnis waren, wie zur jetzigen Zeit. Auch der Schmelzprozess war nicht der wie heute. Es war fast nie möglich, diese Arbeitszeit auszunutzen. Die Produktion war daher bedeutend geringer, als heute bei der verkürzten Arbeitszeit.

An Hand unserer Tarife vor dem Kriege ist zu ersehen, daß ein Glasmacher vor dem Kriege einen Mindestlohn von wöchentlich 70 M. hatte. Es produzierte eine Werkstelle an einem Ofen mit zwei Kompanisten, einen Kürbelmacher und einen Einträger 900 Stück 1-Liter-Beckgläser Edelweiß 100 Millimeter täglich. Für 100 Stück wurden 3,25 M. gezahlt. Pro Woche wurden gefertigt 5400 1-Liter-Beckgläser Edelweiß 100 Millimeter a 100 Stück 3,25 M. gleich 175,50 M. pro Woche. Hier von gingen ab: 16 M. für den Kürbelmacher, 12 M. für den Einträger, 2 M. für Werkzeug, 5 M. für Sozialversicherung. Es blieben 140,50 M. oder für je einen Kompanisten 70,25 M. wöchentlich.

In derselben Werkstelle vor Ausbruch des jetzigen Wirtschaftskampfes wurden für eine Wochenleistung von 5400 1-Liter-Beckgläser Edelweiß 100 Millimeter insgesamt nur 134,40 M. gezahlt, wovon auf jeden Kompanisten 46,85 M. entfielen, auf den Kürbelmacher 20,91 M., auf den Einträger 14,79 M. Die Lohnforderung eines Glasmachers bei gleicher Arbeitsleistung, Arbeitszeit und Produktion wie vor dem Kriege müßte jetzt circa 58 Proz. höher sein, um den normalen Friedenslohn zu erreichen.

Unverständlich ist es daher, wenn die Unternehmer behaupten, der Betrieb könne nicht existieren, trotzdem die fertigestellte Ware jetzt 100 Proz. teurer, der Lohn der Glasmacher aber 35,7 Proz. unter dem Friedenslohn steht. Die Unternehmer bekommen es sogar fertig, zu behaupten, daß die Löhne 50 bis 60 Proz. höher sind als vor dem Kriege, was aber durch die vorbezeichneten Aufstellungen widerlegt ist.

Selbstverständlich sind die „Betriebsausgaben“ größer als vor dem Kriege, nämlich wenn es die Unternehmer fertig bekommen, sämtliche Privausgaben, luxuriöse Villenbauten, Autoanläufe usw. auf Kosten des Betriebes zu verrechnen. Hieraus ist aber zu ersehen, was für einen großen Gewinn jeder Betrieb innerhalb eines Jahres abwirft, um diese großen „Unkosten“ zu tragen. Früher müßte jeder Unternehmer jahrelang sparen, um sich eine Villa zu bauen; heute verlangen die Unternehmer, daß diese „Unkosten“ innerhalb eines Jahres von dem Betriebe herausgewirtschaftet werden.

Würden die Unternehmer ihren Glasmachern nur einigermaßen den Friedenslohn zahlen, würde sich jeder Gewerbetreibende auch besser stehen. Denn die Arbeiterschaft wäre dadurch in der Lage, sich einigermaßen etwas besseres Essen sowie Kleidung zu gönnen. Auch der Unternehmer würde noch gut durchkommen, wenn er auch mal nur die Hälfte des jetzigen Gewinns einstecken würde.

Die Aussperrung in der Steyrer Waffenfabrik.

Mitte November läuft das Lohnabkommen ab, das der österreichische Metallarbeiterverband mit den Unternehmern abgeschlossen hat. Die Direktion suchte einen Anlaß, um die ihr zu stark gewordene Organisation zu treffen, und sie fand ihn. Die Angestellten forderten die Anerkennung eines Zusatzabkommens zum Tarifvertrag, das alle österreichischen Industrieunternehmungen anerkannt hatten, nur die Steyrer Werke nicht. Die Direktion erhobte die Einzelgehälter eines Teils der Angestellten; um in die Angestelltenchaft einen Keil zu treiben. Mehr als 500 Angestellte demonstrieren gegen die ausgesprochene Absicht, den Kollektivvertrag der Angestellten zu sprengen. Nur einige wenige Angestellte hielten sich von dieser Demonstration fern. Diesen Vorkämpfern wurde von sechs Arbeitern Vorhaltungen gemacht, worauf die Direktion 28 Vertrauensmänner der Arbeiter hinauswarf. Nur einem einzigen dieser sechs Arbeiter konnte ein Vorwurf gemacht werden, da er die Handärmler zurückgestreift und er einen der Direktionsknechte bedroht hatte. Trotz der Aufforderung der Angelegenheit bestand die Direktion auf der Entlassung der 28 Arbeiter. Die Organisation wehrte sich natürlich gegen diesen Willkürakt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen ließen sich einige Arbeiter dazu hinreißen, dem Personalvertreter einige Schläge zu versetzen, worauf die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt wurde.

Die Aussperrung in dieser größten österreichischen Automobilfabrik währt nun schon sechs Wochen. Es sind bereits 400 bis 500 Arbeiter mit ihren Familien nach Brasilien ausgewandert, weitere wollen folgen. Die 200 Kinder der Aussperrten werden vom Verein Freie Schulfreunde mit Mittagessen unterstützt.

Eine Einigung konnte bei den letzten Verhandlungen des Bundesministers Dr. Rosh noch nicht erzielt werden. Rücksichtslos sucht die Direktion der Werke die Organisation der Arbeiter zu sprengen. Es wird ihr nicht gelingen und wenn sie den gesamten Betrieb aufs Spiel setzt.

Aus der Partei.

Der Fall Nelson.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 521 Ihrer Zeitung vom 4. November 1925 haben Sie den Beschluß des Parteivorstandes der SPD. über den „Nelsonbund“ abgedruckt. Es heißt dort, daß es sich um eine Prüfung der gegen den Internationalen Jugendbund (Nelsonbund) erhobenen Einwendungen „handelt“. Der Jugendbund betrachte die Partei lediglich als Agitationsfeld für seine besonderen Ziele und Auffassungen, die nach § 2 der gedruckt verbreiteten Statuten des Internationalen Jugendbundes (Nelsonbund) die Gründung einer Partei der Vernunft der Jugend aller Länder ist.

1. Eine Einwendung gegen den § 2 in diesem Sinne erhebt sich von selbst, da dieser § 2 längst aufgehoben ist, was dem Parteivorstand bereits im Juni d. J. mündlich und schriftlich mitgeteilt worden ist. Außerdem ist bei der mündlichen Verhandlung am 2. November dem Parteivorstand die neue Satzung mit dem ausdrücklichen Hinweis überreicht worden, daß die unmittelbare politische Wirksamkeit des Jugendbundes mit dem Eintritt aller Mitglieder des Internationalen Jugendbundes in die SPD. eingestellt wurde, und daß der Plan der Gründung einer eigenen Partei bereits vor Jahren aufgegeben worden ist.

2. Der Grund, weswegen ich die Versammlung vorzeitig verlassen habe, ist in dem Bericht nicht zutreffend angegeben. Ich habe die Versammlung erst dann verlassen, als meine Wahrheitsliebe von dem Vorstandsmitglied Dittmann dahingehend angezweifelt wurde, daß ich überhaupt der USPD. angehört habe. Ich habe mich vorher auf mehrere Anfragen von Dittmann hin bereit erklärt, den Nachweis dafür zu erbringen, daß ich der USPD. angehört habe. Trotzdem erklärte Dittmann: „Ich glaube das nicht.“ Ich verließ auch auf diese Antwort hin nicht die Versammlung, sondern tat dies erst dann, als der Vorsitzende Bels auf meine Frage, ob er mich gegen eine solche Behandlung in Schutz nehmen wolle, widersprach. Ich den Saal verlassen müßte, erklärte: „Ich will Sie nicht halten.“ Leonard Nelson.

Dazu erklärt der Parteivorstand, dem wir die Zuschrift unterbreiteten, das folgende:

Der Parteivorstand war gezwungen, sich ein möglichst klares Bild über Ziele und Bestrebungen des Nelsonbundes sowie über die gegen diesen erhobenen Vorwürfe zu schaffen. Bedinglich dazu wurde das angeblich außer Kraft gesetzte Statut, das die „Bildung einer Partei der Vernunft der Jugend aller Länder“ im § 2 vorsieht, mit herangezogen.

Für die Beschlussfassung diente dem Parteivorstand neben seinen Informationen das neue Statut, das nach der Erklärung Nelsons auf Grund der gegenwärtigen Auseinandersetzungen neu formuliert ist. Damit fällt der Hinweis, der Parteivorstand habe sich bei seiner Beschlussfassung auf nicht mehr bestehende Satzungen bezogen, in sich zusammen.

Die Darstellung des Parteivorstandes über das Verlassen der Sitzung durch Nelson und seine Anhänger ist durchaus objektiv. Der Vorsitzende Bels hat es nicht abgelehnt, irgendeinen Verhandlungsteilnehmer in Schutz zu nehmen, er hat erklärt, daß man erst mitten in der Aussprache stände, er könne Nelson nicht halten, wenn er geben wolle, machte aber darauf aufmerksam, daß noch drei Angehörige des Nelsonbundes als Redner eingeregnet wären, obwohl sie nicht alle geladen waren. Sie würden unerkürt zum Worte kommen und könnten jede Richtigstellung vorbringen, die sie für angebracht hielten. Trotzdem verließen Nelson und insbesondere seine Freunde in ziemlich ungezogener Weise den Sitzungssaal.

Die Mitglieder des Parteivorstandes hatten den Eindruck, daß die anwesenden Nelsonbündler die für sie offensichtlich ungünstig verlaufene Sitzung mit Absicht unter möglichstem Eklat abbrechen wollten.

Wirtschaft

Der Jinsatz der preussischen Schatzwechsel ermäßigt. Bekanntlich gibt der preussische Staat Schatzwechsel ab, um seine Kassenführung zu erleichtern. Die Seehandlung, die diese Wechsel verkauft, hat nach dem „Berliner Tageblatt“ nun beobachtet, daß die tausenden Großbanken die Schatzwechsel nicht als längerfristige Anlage benutzen, sondern kurzfristige Jinsgeschäfte damit machen, weil bei einem flüssigen Geldmarkt die Reduktionierung der gekauften Schatzwechsel bei der Seehandlung immer noch eine günstige Verzinsung gewährleistet. Um die Banken davon abzuhalten, für ihre Geldpositionen sich risikolos auf die Seehandlung zu stützen, hat die Seehandlung den Jinsatz, den sie beim Verkauf der Schatzwechsel anrechnet, um ¼ Proz. auf 7½ herabgesetzt. Die Weitergabe an andere Banken soll zu 7¼, an Private zu 7 Proz. erfolgen.

Die Hackfruchtcrute. Das Statistische Reichsamts berichtet über den Stand der Hackfruchtcrute: Abgesehen von einigen nachfallenden Tagen zu Mitte Oktober, an denen in manchen Gegenden bereits Schneefälle und Nachfröste vorkamen, war die Witterung im vergangenen Monat für die Feldarbeiten durchweg günstig. Die Erträge entsprechen der Menge noch im allgemeinen den Erwartungen; bei Kartoffeln wird aber mancherorts über starke Fäulnis geklagt.

Kartelltag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Der Reichsverband der Deutschen Industrie veranstaltete am 27. November in Berlin einen Kartelltag; aus der Reihe der Referate seien hervorgehoben: Prof. Vershofen, Kartelle und Gemeinwohl, Dr. A. Jag, Rechtsfragen der Kartellverordnung, Dr. Kiepert, Kartelle und Genossenschaften. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält es angeht des neuzumämpfenden Kartellproblems für notwendig, in aller Deutlichkeit die Grundlagen des Kartellwesens zu erörtern.

Verantwortlich für Politik: Graf Kraker; Wirtschaft: Verus Götterman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Neuigkeiten: R. S. Schöler; Solales und Sonstiges: Erik Karstoft; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Berichtigung.

Punkt 3 der Tagesordnung der in der heutigen Morgenansage des „Normierte“ (L. Verlage) bekanntgemachten Ausschusses lautet:

„Wahl des Kassenvorstandes. Die Wahlhandlung findet von 8-9 Uhr statt.“

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin. Der Vorstand: Hermann Krüger, Vorsitzender, Richard Freund, Schriftführer.

Auf Teilzahlung
Herren- und Knaben-Garderobe
Gummil-Mäntel für Damen und Herren, Möbel aller Art
Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metall-Betten, fertige Betten
Möbelhaus Antel
Große Frankfurter Str. 34
am Straußberger Platz
Gegründet 1901

Gardinen
Sonderangebote o. Gelegenheits-Käufe
in Rosten
Stühle, Bettdecken
Möbel- und
Kunstlerarbeiten.
Special-Gardinenverkauf
Hanklin, Bergstr. 57
am Ringbahnhof.

Strauertipenden
jeder Art
liefern preiswert:
Paul Gollets.
normaler Natur
Mariannenstr. 1
am Stralauer Platz 103 00
Inferieren
bringt ERPOLGI

Fritz Reimann
Kaufmann, Reichensacker 33
die billige Bezugsquelle für
Leinwand, Stoffe
Wäsche, Kleiderstoffe
Wäsche, Kleiderstoffe

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
Bekannt seit 49 Jahren.
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art
zu wirklich billigen Preisen.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Geschäftszelt von 8-7 Uhr.

Fahrräder und Nähmaschinen
Auf Teilzahlung
Zettha, Berlin
Leichtmotorräder
Oranienburger Straße 65

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32
Versand nach auswärts franco.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung, Potsdamer Str. 122.

Hatvanol-Zahnpulver
speziell für natürliche sowie künstliche Zähne, Gold- und Ersatzbrücken, Kronen.
Preis 0.15, 0.30, 0.75 M.
in Apotheken und Drogerien zu verlangen.
(Gesetzl. geschützt)